

# Die Verfassung.

## Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr. Inserate die Zeile 3 Sgr.

### Die Blätter der liberalen Partei.

Nicht selten hört man die Klage über die Erschlaffung und Unthätigkeit der verfassungstreuen Partei, eine Klage, welche, ungerade in ihrer Allgemeinheit, doch sehr begründet in der Beziehung scheint, daß die Thätigkeit der verfassungstreuen Partei vielfach sich noch in den engsten Schranken des Allernothwendigsten hält. Auch wir sind der Ansicht, daß des Guten noch mehr geschehen könnte und würden in dieser Beziehung jenen Klagen uns anschließen, wenn wir nicht bemerkt zu haben glaubten, daß dieselben am häufigsten von denen geführt werden, welche dadurch, daß sie ihre eigenen Sünden der ganzen Partei zur Last legen, für sich selbst eine Entschuldigung finden wollen. Es ist sehr bequem zu sagen: „es thut niemand etwas für die gute Sache, warum soll ich allein mir den Pelz zerreißen!“

Wer sich aber die Mühe giebt den Regungen des Volksgesistes zu folgen, wird finden, daß jene Klagen von Tage zu Tage mehr ihre Berechtigung verlieren, indem allseitig regere Thätigkeit sich bemerkbar macht. Nur auf eine Seite dieser Bestrebungen, auf die Presse, wollen wir heute aufmerksam machen.

Die konservative Partei hat es sehr wohl erkannt, welchen Einfluß die Tages- und Wochenblätter ausüben, und deshalb nicht nur in Berlin und den anderen großen Städten Zeitungen theils neu gegründet, theils schon bestehende in ihr Interesse zu ziehen gewußt, sondern auch überall die Kreisblätter in politische Wochenblätter zu verwandeln gesucht, welche die vom Staatsministerium redigirte Provinzial-Korrespondenz entweder abdrucken oder als Beilage bringen. Für eine Regierung ist die Ausföhrung eines solchen Planes leicht genug. Ihr steht die Geldmittel des Staates zur Verfügung; außerdem hat sie in den Landräthen und deren Untergebenen eine Menge Freunde, durch welche sie für die Verbreitung ihrer Blätter sorgen kann. In einigen Kreisen, z. B. in Thorn und Königsberg, haben die Landräthe sogar die bisher auf Kosten der Kreisstände erschienenen Kreisblätter eingehen lassen und lassen Regierungs-

blätter auf Regierungskosten erscheinen, denen politische Aufsätze beigegeben sind. Den Kreisvereinigten gehen diese Blätter kostenfrei zu und werden die Ortsvorstände bei Strafe angewiesen, dieselben aufzubewahren. Man sieht also, daß die Regierung ganz eifrig dafür sorgt, dem Verlebensüßnis des Volkes abzuhelfen und wird nicht darüber staunen, wenn wir erwöhnen, daß wir gehört haben, die Provinzial-Korrespondenz werde in 100,000 Exemplaren über das Land verbreitet. Uns will es indes bedünken, als ob diese Blätter viel eifriger verbreitet als gelesen werden. Wie wäre es sonst möglich, daß die Blätter der liberalen Partei nicht nur fortbestehen, sondern auch noch durch neu erscheinende vermehrt werden? Trotzdem die Regierung dieselben durch Entziehung der amtlichen Bekanntmachungen straft, so daß diejenigen, welche nur Oppositionsblätter lesen, von Verdammungen, Licitationen u. s. w. gar nichts erfahren sollen, liest das Volk nach wie vor die im Geiste der freiheitlichen Fortentwicklung unseres Staatswesens geleiteten Blätter. Einmal ist es überhaupt nicht geneigt, sich keine Lectüre erskrypiren zu lassen, dann aber hat es das sichere Gefühl, daß unser Vaterland nur dann gedeihen kann, wenn es vorwärts schreitet in der Ausbildung des Rechtsstaates, dessen vielversprechende Keime bereits vor mehr als hundert Jahren von dem großen König Friedrich II. gelegt wurden. Das Volk erkennt es sehr wohl, mit welchen großen Schwierigkeiten die liberalen Blätter, bei der strengen Handhabung unseres nicht durch Milde ausgezeichneten Preßgesetzes, zu kämpfen haben. Diesen Blättern aber dürfen wir es zum Ruhme nachsagen, daß sie theilweise mit großem Geschick, überall aber mit Ehrlichkeit und Ernst geleitet werden.

Sind das Zeichen der Erschlaffung und Unthätigkeit in der liberalen Partei? — Daß noch mehr geschehen könnte, wollen wir nicht leugnen, und darum schreiben wir diese Zeilen, die zugleich eine Mahnung an die Partei sein sollen.

Ihr Männer der verfassungstreuen Partei! unterstützt diejenigen, welche die schwere Aufgabe übernommen haben,

öffentlich durch die Schrift für den Verfassungsstaat zu kämpfen. Namentlich sind es die in den Provinzen erscheinenden Lokalblätter, welchen Ihr dadurch, daß Ihr sie haltet und verbreitet, zu Hilfe kommen müßt. Sie werden am meisten von der Konkurrenz jener Kreisblätter betroffen, welche neben der Darstellung aller Ereignisse in einem der herrschenden Partei geneigten Sinne auch die den Lokalverehr betreffenden Anzeigen enthalten. Wir wollen Euch die Gelegenheit bieten sie kennen zu lernen. Von Zeit zu Zeit werden wir einige dieser Lokalblätter Eurer Aufmerksamkeit empfehlen, heute machen wir mit folgenden den Anfang:

1) „Der Stadt- und Landbote“ erscheint in Kreis wöchentlich zweimal und ist für 12 Sgr. 6 Pf. vierteljährlich durch alle Postämter zu beziehen.

2) „Der Bürger- und Bauerfreund“ erscheint in Gumbinnen wöchentlich einmal und ist für 4 Sgr. 6 Pf. vierteljährlich durch alle Postämter zu bestellen.

3) „Der Wächter“ erscheint in Bielefeld wöchentlich zweimal und kann für 10 Sgr. von allen Postämtern bezogen werden.

4) „Der Gesellige“ erscheint in Graudenz wöchentlich dreimal und kostet bei allen Postämtern vierteljährlich 17 Sgr. 6 Pf.

## Politische Wochenschau.

**Preußen.** Es geht das Gerücht, daß die Vertreter des Volkes zum 8. Dezember zusammenberufen werden. Welcher Art die Beratungen sein sollen, darüber gehen die Ansichten sehr auseinander. Während von der einen Seite versichert wird, es würden nur solche Gesetzentwürfe eingebracht werden, deren Genehmigung mit Gewißheit zu erwarten sei, wird von anderer Seite behauptet, daß gleich bei dem Zusammentritt der Volksvertreter ihnen ein Gesetz vorgelegt werden soll, durch welches nachträglich alle in den Jahren, wo kein Budgetgesetz zu Stande gekommen ist, gemachten Ausgaben genehmigt werden sollen. Daß mit der Annahme eines solchen Gesetzes der Verfassungslauf zu Gunsten der Anschauungen, welche die gegenwärtige Regierung vertritt, entschieden sein würde, liegt auf der Hand.

Der Abg. Broote, dessen Dienstentlassung ohne Pension wir in der vorigen Nummer gemeldet haben, hat in Folge dessen ein Schreiben an seine Wähler gerichtet, welches mit den Worten schließt: „Meiner Stellung in den Reihen der Regierungsgewalten entsäufert, trete ich um so entschiedener in die Folge Stellung eines unabhängigen Bürgers zurück. Wohl hat man mir das genommen, was ich als einen zusammenhängenden Theil schon erworbener Vortheile für nicht erst zu leistend, sondern bereits geleistete Dienste ansehen mochte, und es entspricht nicht gerade den Neigungen und Wünschen vorgerückter Jahre, sein Lebensschiff von Neuem den Wegen einer ungewissen Zukunft preisgegeben zu sehen. Aber Ein Gut ist mir wenigstens geblieben, — der ungebeugte Muth des Lebens, dem ich getrost auch ferner die glückliche Führung zum sichern Ziele vertraue.“

Herr v. Bismark, welcher den König nach Baden-Baden begleitet hatte, ist von dort nach Frankreich gereist und braucht in Biarritz die Seebäder. Welche politische Zwecke mit dieser Reise verbunden sind, darüber geben die verschiedensten Gerüchte; vielseitig wird behauptet, daß die österreichische Allianz anfangs, unsern Staatsmännern unbequem zu werden.

Unsere Leser werden wissen, daß, nachdem die Post verhindert worden ist, die Probenummer unseres Blattes zu versenden, in der vorigen Woche die regelmäßige Verendung unserer zweiten Nummer dadurch eine Unterbrechung erlitten hat, daß dieselbe polizeilich mit Beschlagnahme belegt worden ist. Wir haben eine neue Ausgabe der Nummer veranstaltet, welche unseren Lesern zugestellt ist, und hoffen wir, daß diese unerschuldete Unregelmäßigkeit ebensovienig das Interesse der Leser an unserem Unternehmen erkälten wird, als die verhinderte Verendung der Probenummer Einfluß auf die Vetheiligung unserer Mitbürger am Abonnement ausgeübt hat.

In der letzten Zeit ist wiederum an vielen Orten den von den Stadtverordneten gewählten Magistratsmitgliedern die nothwendige Bestätigung verweigert worden.

**Schleswig-Holstein.** Es heißt, daß eine Anzahl der bekanntesten Rechtsgelehrten in Berlin zusammenberufen werden soll, um über die Erbschaftsfrage in Schleswig-Holstein ihr Gutachten abzugeben. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so werden diesem hohen Rath auch die Ansprache, welche Preußen auf die Erbfolge in Schleswig-Holstein, wenigstens in Bezug auf gewisse Gebietsteile glaubt geltend machen zu können, vorgelegt werden. Die reaktionäre Partei in den Herzogthümern hatte große Hoffnungen geschöpft, daß der Herzog Friedrich die liberalen Räte, welche jetzt die Geschäfte führen, entlassen werde. Wie jedoch jetzt mitgetheilt wird, entbehren die darüber in Umlauf gesetzten Gerüchte jedes Grundes; die Herren Franke und Samwer genießen nach wie vor das volle Vertrauen des Fürsten.

Die Nachrichten aus Wien scheinen zu der Hoffnung zu berechtigen, daß der Antrag von Österreichs Bevollmächtigtem hat eingewilligt, daß der Betrag der Staatsschuld, welchen die Herzogthümer übernehmen sollten, um 9 Millionen Thaler ermäßigt werde.

Wie zum 20. d. M. soll nun endlich ganz bestimmt die Denkschrift vollendet werden, in welcher der Großherzog von Oldenburg seine Ansprüche auf den Thron der Herzogthümer zu rechtfertigen gedenkt.

**Medlung.** Der Magistrat der Stadt Rottweil hat als zweite Instanz einige vierzig Bürger der Stadt, welche an dem Polizeimeister Blank wegen Vetheiligung an dem deutschen Nationalverein auf Grund einer Ministerialverordnung vom Jahr 1859 verurtheilt worden waren, freigesprochen. Daß diese Freisprechung ganz besonders bemerkbar macht, ist der Freimuth, mit welchem es in den Urtheilsgründen ausgeprochen ist, jene Verordnung, durch welche die Theilnahme am Nationalverein verboten wurde, sei ohne rechtliche Gültigkeit, weil der Minister mit Erlaß derselben seine Kompetenz (Machtbefugniß) überschritten habe.

**Hannover.** Man hat in der letzten Zeit befürchtet, daß Herr v. Bortis wieder in das Ministerium trete, doch hat sich diese Befürchtung als unbegründet herausgestellt. Endlich hat der König dem Gesetze, durch welches das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch auch in Hannover Gültigkeit erlangt, seine Genehmigung erteilt.

**Kurheßen.** Die Kammer ist zusammen, doch wartet sie noch immer vergebens auf die Vorlage von den Gesetzentwürfen, deren Erledigung das Wohl des Landes dringend fordert.

**Freie Stadt Frankfurt.** Nach langen Kämpfen ist die Schranke gefallen, mit welcher sich die Bürger der Stadt Frankfurt bis jetzt gegen die Juden und gegen die Bewohner der Landgemeinde abgeperrt hatten. Die Gleichberechtigung aller Bewohner der Gebiete von Frankfurt ist, nachdem sie durch öffentliche Abstimmung der Bürgerschaft genehmigt worden, als Gesetz verkündet worden.

**Raffa.** Die Liberalen wollen jetzt versuchen, ob es ihnen gelingen wird, eine Versammlung abzuhalten, wenn sie dieselbe gleichzeitig und in einem dem Lokale der kirchlichen Versammlung gleichartigen Lokale abhalten. Sie hoffen, Versammlung nicht die eine Versammlung führen wird, während sie nicht daneben eine andere ganz ungehindert betreiben läßt.

**Desterreich.** Die Finanznoth muß in dem Kaiserstaate sehr groß sein, da man trotz der drohenden Gefahren, die durch die französisch-italienische Konvention nach gerufen sind, wirklich ernstlich an eine Armeereduktion denkt. Um durch dieselbe sich nicht allzu sehr bloßzustellen, giebt man sich den Anschein, als ob ein österreichisch-französisches Bündniß nicht zu den Unmöglichkeitlichkeiten gehöre. Jedermann muß einsehen, daß seit dem Abschluß der Konvention, welche dem jungen Königreich Italien eine neue Festigkeit zu geben verspricht, ein Bündniß Frankreichs mit Desterreich zu den aller unwahrscheinlichsten Dingen gehört.

Von einer Revision des Konkordats, auf die man in Desterreich gehofft hat, ist wieder alles still, ja man spricht sogar davon, daß Herr v. Bach, jetzt österreichischer Gesandter in Rom, an Stelle des Grafen Rechberg Minister werden wird. Dieser Wechsel wäre auch wohl schon eingetreten, wenn man nicht fürchtete, daß ein Ministerium Bach noch schwerer Verstoß erlitten, als der jetzige, unter Otto, der Österr. Kaiser, man in Desterreich, es mag nun Friede bleiben oder Krieg werden. Graf Rechberg wird, wenn dieser Wechsel einträte, seine, das Geschäft zu mancher seiner Kollegen theilen, welche auch, obgleich sie während ihrer ganzen Amtsführung niemals die geringste Anwendung von Liberalismus gehabt haben, schließlich als zu liberal ihren Posten verlassen müßten.

**Italien.** Man macht sich allmählich die Folgen klar, welche die Konvention mit Frankreich haben muß und sieht dabei immer mehr ein, daß der Weg, welchen sie vorgezeichnet, der einzige ist, um die Zustände zu befestigen und die Einheit des ganzen Italiens möglichst schnell herbeizuführen. Daß mit der Ueberlieferung nach Florenz der Plan, Rom zur Hauptstadt Italiens zu machen, nicht aufgegeben ist, versteht sich von selbst. Deshalb haben die Ansehungen, welche an einigen Orten stattfinden, und bei denen die Konvention verdammt wird, weil die Verlegung der Residenz nach Florenz gleichbedeutend sei einer gänzlichen Enttugung auf Rom, eigentlich keine Bedeutung. Es ist auch zu erwarten, daß bei dem Zutritt der Kammer diese in ihrer überwiegenden Mehrheit die Konvention gutheißen wird.

**Frankreich.** Es wird vielfach behauptet, daß der Kaiser durch den Abschluß der Konvention mit Italien endlich seinen Verhängniswunsch, die Abhaltung eines allgemeinen europäischen Kongresses zur Lösung aller schwebenden Fragen der Bewirkung nahe gebracht habe. Man sagt, daß England, welches sich am heftigsten gegen einen solchen Kongress, für welchen Paris als Ort auszuweisen war, gekämpft hatte, jetzt endlich auch geneigt sei, den Kongress zu besichtigen.

Die Nachrichten aus Algerien laufen sehr bedenklich, es scheint, als ob eine so schnelle Dämpfung des Aufstandes, wie man sie erwartet hatte, nicht möglich ist; der Marschall Mac-Mahon, welcher den Oberbefehl übernommen hat, soll neue Truppenabsendungen verlangen haben.

**England.** Das englische Volk scheint der Politik etwas überdrüssig zu sein und wendet sich der Religion zu. In dem Lande, wo noch vor wenigen Jahrzehnten die Katholiken von allen Staatsämtern ausgeschlossen waren, versucht man jetzt, Klöster für fromme Leute von protestantischem Glauben einzurichten. Ein protestantisches Mönch, Pater Ignatius,

durchzieht das Land und sucht unter großem Beifall der Menge Anhänger zu gewinnen. Jetzt ist er in Manchester, der radikalsten und modernsten Stadt Englands, der man keine große Vortheile für mittelalterliche Klosterbesitzthümlichkeit, Kreuztze und Mönchsstühle zutrauen sollte. Dagegen er bei seinem ersten Auftreten auch wirklich mit Mißfallensäußerungen empfangen wurde, so fand er später doch Boden und wurde ruhig mit angehört. Er selbst zweifelt an dem Erfolg seiner Agitation keinen Augenblick. Ein Kloster besteht bereits und ist von Mönchen besetzt; der ausgesprochene Zweck seiner gegenwärtigen Reise ist, die Gelder zum Bau eines zweiten zusammenzutragen. Es scheint, daß er seinen Zweck erreichen wird; die Engländer vergessen bei seinen Worten, daß die bloße Existenz eines Klosters in dem Lande, welches Anspruch macht, das Hauptland der protestantischen Zivilisation zu sein, ein Skandal genannt werden kann.

**Spanien.** Die Progressisten (Liberalen) wollten Anfangs der eingetretenen Wendung gegenüber sich ganz vom Schauplatz der politischen Thätigkeit zurückziehen. Jetzt ist diese Frage noch einmal zur Berathung angelegt.

**Griechenland.** Der aus der Volkswahl hervorgegangene König Georg ist jetzt von Desterreich und Preußen anerkannt worden.

**Rußland.** Befanctlich erhalten wir seit etwa 20 Jahren jedes Jahr aus Petersburg die Nachricht, daß die Sammlung des Kaufaus jetzt wirklich vollständig der russischen Herrschaft unterworfen seien. Wie es scheint, wird jetzt endlich diese Nachricht eine Wahrheit werden, denn nach den neuesten Berichten haben schon über 400,000 Bewohner jenes Gebirgslandes ihr Vaterland verlassen und sich auf türkischem Gebiet niedergelassen.

**Amerika.** Die Nachrichten aus den Vereinigten Staaten lauten jetzt einiger Zeit ganz ungemein günstig für den Norden, so daß sich eine Wendigung des brudermörderischen Kampfes in nicht allzu langer Zeit voraussehen läßt. Die Arme der südlichen Sklavenshalter wurde an allen Orten geschlagen, und die Truppen des Nordens, welche die Aufhebung der Sklaverei nach dem Süden tragen, rücken unaufhaltsam vor. Durch diese Siege ist die Wiederwahl Lincoln als Präsident ganz ungewisselhaft gesichert, und mit diesem Ereignisse, welches am ersten Dienstag des Monats Dezember eintreten wird, sinken die letzten Hoffnungen der Sklavenshalter in den Staub. Noch immer haben sie gehofft, daß bei der Neuwahl ein ihrer Bestrebungen günstiger Präsident aus der Urne hervorgehen werde, und nur durch diese Hoffnung getragen, haben sie in der letzten Zeit ihren Widerstand noch fortgesetzt. Mit dem Schwinden dieser Hoffnungürzt auch ihr letzter Halt, und es steht zu hoffen, daß schon am Neujahrstage des Jahres 1865 in dem ganzen Gebiete der nordamerikanischen Union die Sklaverei abgeschafft sein wird. Im Jahre 1765 war es, wo die ersten Auskünften der Bostoner gegen die englischen Steuermaßregeln stattfanden, Auskünften, welche in ihrem Folgen zu der Befreiung der nordamerikanischen Kolonien führten; man muß getrost, daß eine würdigere Feier der hundertjährigen Wiederkehr dieser Ereignisse nicht gedacht werden kann, als die Feier der Wiederherstellung der Union auf Grund der vollständigen Abschaffung der Sklaverei.

Mit wie großer Zuversicht man das Ende des Krieges in den Nordstaaten selbst erwartet, geht am besten aus dem Sinken des Goldpreises hervor. Während noch vor wenigen Wochen das Papiergeld so entwerthet war, daß man für 6 Gold-Dollars 16 Papier-Dollars erhielt, haben sich die Verhältnisse so verbessert, daß man jetzt für dieselbe Summe in Gold nur noch 11 Papier-Dollars erhält.

## Die Einführung der Schutzölle im Zollverein:

Wer einmal einem Bau oder größeren Erdarbeiten, namentlich Dammaufschüttungen, zugehört hat, der wird sich überzeugt haben, welche große Rolle bei den Schiebarten spielt und wie wesentliche Erleichterungen er den Arbeitern gewährt. Wenn man das so ansieht, da liegt der Gedanke nahe, daß vor der Erfindung dieses wichtigen Werkzeuges derartige Arbeiten viel kostspieliger und mühsamer gewesen sein müssen. Außerdem wird man leicht zu der weiteren Erwägung gelangen, daß diese Erfindung gewiß schon in grauer Vorzeit gemacht sein müsse, da seit Jahrtausenden die Menschen unzählige derartige Arbeiten unternommen haben und daher mit Nothwendigkeit auf die Erfindung dieses fast unentbehrlichen Werkzeuges gedrängt worden seien. Dies der letzten Schlussfolgerung wäre man aber auf einem Irrwege, denn der Schiebarten ist erst vor zweihundert Jahren (ungefähr um 1640) durch den französischen Gelehrten Pascal erfunden worden. Uebrigens würde man erstannten, wenn es darüber Aufzeichnungen gäbe, zu welcher Zeit alle die Werkzeuge erfunden wurden, die zu den wichtigsten Gewerben heute unentbehrlich sind, wie viele derselben erst so spät erfunden worden sind.

Mit den Regierungsgrundhän steht es ganz ähnlich wie mit den Erfindungen. Die einfachsten und scheinbar nahe liegenden Wahrheiten werden am längsten übersehen. Da, es geht hierbei sogar noch schlimmer zu als bei den gewöhnlichen Erfindungen. Letztere eignet sich das Volk schnell an und hält sie fest, auch haben die Regierenden nur ausnahmsweise ein Interesse daran, ihrer Anwendung entgegenzuwirken. Fast jede neue Erfindung in der Regierungskunst aber vermindert die Arbeit und daher auch die Macht der Regierenden, deshalb beugen sie dieselben nur in der dringendsten Noth und streben bald wieder nach der Rückkehr zum Alten.

Wir haben neulich nachgewiesen, wie die äußerste Noth die preussische Regierung zwang in den Jahren 1811—1820 eine vollständige Umwälzung des damals bestehenden Besteuerungs- und Zollwesens vorzunehmen und wie sie es dabei nicht bewenden ließ, sondern mit anderen deutschen Staaten den Zollverein gründete. Wir erwähnten auch, daß es lange Jahre dauerte, ehe die deshalb eingeleiteten Unterhandlungen zum Ziele führten. Dem endlich erfolgten Abschluß gingen die verschiedensten Versuche voraus, sich in kleineren Zollgruppen zusammenzufügen und so den Anschluß an Preußen und sein Zollwesen zu vermeiden; aber gerade das gänzliche Mißgelingen dieser Versuche und die aus ihnen für die betreffenden Staaten entspringenden empfindlichen Nachteile führten zur endlichen Verständigung mit Preußen. Leider werden wir später zu zeigen haben, wie weder die preussische Regierung stets der im Anfang des Jahrhunderts gemachten herben Erfahrungen eingedenk gewesen ist, noch die deutschen Kleinstaat die Sonderzölle für immer aufgeben haben.

Sofort nach Begründung des Zollvereins zeigten sich die großen Erfolge, welche für alle Beteiligten aus der neuen Einrichtung entsprangen. Die Nachwehen der Franzosenkriege, welche noch bis in die dreißiger Jahre hinein empfindlich verspürt wurden, gingen an so verschwinden, der Volkswohlstand hob sich und die Staatseinnahmen waren im Steigen begriffen. Als daher das Ende der Zollvereinsverträge herannah, dachte niemand an deren Kündigung. Allmählig aber gingen Bestrebungen an sich geltend zu machen, welche mit dem Grundsatze, aus dem die Zollvereinigung entstanden war, im Widerspruch standen, und leider war es gerade Preußen, das den Anstoß dazu gab.

Der vollständige Schiffsbruch der Besteuerungsgrundhän

des vorigen Jahrhunderts war vergessen und die Nachfolger der großen Staatsmänner, die den preussischen Staat an tiefer Erniedrigung wieder emporgehoben hätten, glaubten deren Grundhän verlassen und zum Alten zurückkehren zu können. Bei einmal am Regiment ist, der möchte auch gern Alles leiten, und so kam es denn, daß von neuem der Versuch gemacht wurde, dem Verkehr und gewerblichen Streben des Volkes von oben her die Bahn anzuweisen. Natürlich schloß es nicht an neuen Worten, mit denen die alte Sache aufgewirmt wurde. Im vorigen Jahrhundert sagte man: „es ist schändlich, daß das Geld für Raffee aus dem Lande geht, die Leute müssen Bier trinken, da wird sich die Brauerei heben.“ Im Jahr 1840 suchte man denselben Gedanken volksthümlicher auszudrücken. „Die Arbeit des Volkes“, so hieß es, „muß vor der Mitbewerzung des Auslandes geschützt werden. Die Zölle sind zu niedrig. Bei ihnen können die inländischen Fabriken und Ergruben nicht bestehen. Wer Kattun oder Eisenwaaren braucht, kann sie billiger vom Auslande beziehen. Es müssen Schutzölle für die ausländischen Waaren gelegt werden, damit sie theurer werden, und das Volk gezwungen ist, seinen Bedarf im Inlande zu kaufen.“

Dem Fabrikanten klangen solche Redensarten wie süßste Musik und sie riefen: „Hohannah! welche weisen Männer regieren unser Vaterland!“ Es ist natürlich sehr angenehm, wenn man sicher ist vor der Mitbewerzung des Auslandes, und eine hübsche Anzahl Millionen Menschen das kaufen müssen, was man arbeitet. Man kann selbst die Preise machen und wird sogar dann recht, wenn man nachlässig arbeitet. Aber die Fabrikanten sind doch nur Einzelne gegenüber dem „großen Volk“ stützt die Anhänger des alten preussischen Zollwesens, diesem werden seine nothwendigen Bedürfnisse nur zu Gunsten jener Einzelnen verteuert. Die Volkssache ist nicht unerschöpflich, wird eine Waare theurer, so kann das Volk weniger davon kaufen.“ „Sie habt recht veraltete Ansichten“, erwiderten die Schutzölle, „wir wollen ja die Schutzölle nicht für ewig einführen, wenn unsere Fabriken erst starkt sind; dann heben wir sie wieder auf!“ „Wir glauben Euch nicht“, wurde erwidert, „wenn wir erst einmal eine so unnatürliche Einrichtung haben, dann werden wir sie auch nicht so bald wieder los. Es werden darauf hin eine Menge neuer Fabriken gegründet, deren Inhaber dann vorgeben werden, bei Aufhebung der Zölle sich nicht halten zu können und das Geheiß, daß die sogenannte nationale Arbeit geschützt werden müsse, wird erst recht losgehen.“ So stritten die Parteien heftig fort. Leider siegte der Schutzölle, und zwar war es die preussische Regierung, welche 1844 zuerst eine sehr bedeutende Erhöhung der Eisenölle vorschlug und durchsetzte.

Eisen und sein Gebrauch ist der wichtigste Hebel des Volkswohlstandes, alle Gewerke bedürfen seiner nothwendig, seine Vertheuerung muß daher sehr nachtheilig wirken. Vor 1844 konnte Roheisen und altes Eisen tollfrei eingeführt werden. Für den Gontner Schmiedereien mußte ein Eingangszoll von 1 Thlr. bezahlt werden. Von da ab hatte Erztener den Zoll von 10 Sgr. für den Gontner zu entrichten, was damals über ein Viertel seines Werthes ausmachte; der Einfuhrzoll für Schmiedereien wurde auf 1 Thlr. 15 Sgr. erhöht. Die nachtheiligen Folgen zeigten sich sofort. Bis 1843 war die Einfuhr von Roheisen alljährlich gestiegen. Sie hatte 1834 nur 213,212 Gontner, 1843 aber 2,659,560 Gontner betragen. 1844 fiel sie sofort auf 1,420,161 Gontner und 1845 gar auf 413,536 Gontner. Während sie sich also in den zehn Jahren der Zollfreiheit verzehnfacht hatte, ging sie nach Einführung des Schutzölles in zwei Jahren auf den sechsten Theil zurück. Die inländischen Ergruben

batten natürlich Vortheil davon, daß vom Markt mit einem Male eine so ungeheure Masse Roh Eisen verschwand, denn mit dem Entweichen desselben mußte der Preis steigen. Die Eisengießereien freilich, welche bis dahin erhebliche Massen Gußwaaren nach dem Auslande verkauft hatten und die Eisenkammer, die namentlich in den Küstengegenden Pommerns und der Provinz Preußen mit der Verarbeitung des eingeführten alten Eisens ein blühendes Gewerbe betrieben hatten, litten sehr darunter. Auf alle übrigen Gewerbe wirkte die Vertheuerung des Eisens nicht weniger nachtheilig. Nehmen wir nur den Eisenbau als Beispiel. Zu einem vierpännigen Arbeitswagen gehören mindestens 5 Centner Eisen, er kostete also nach der Erhöhung des Zolls für Schmiedeeisen 2 Thlr. 15 Sgr. mehr, jeder Pflug 15 Sgr. mehr und so geht das herunter bis zum Hufeisen.

Hohe Eisenpreise, die auf natürlichen Wege, das heißt dadurch entstehen, daß im Allgemeinen das Verlangen nach Eisen verhältnißmäßig mehr wächst als seine Erzeugung, schaden nicht so viel, weil die Erwerbsthätigkeit aller Länder unter denselben gleichmäßig leidet. Anders ist es bei höheren Preisen, die durch eine Steuer in einem einzigen Lande künstlich erzeugt werden. Diese müssen das benachbarte Land in seiner Erwerbsthätigkeit allen übrigen Ländern gegenüber benachtheiligen und es unfähig machen seine Ausfuhrartikel auf dem Weltmarkte zu verwerthen, da seine fremdländischen Mitbewerber dieselben mit geringeren Kosten herzustellen vermögen.

Nachdem man einmal mit der Erhöhung der Eisenzölle die Grundzüge verlassen hatte, auf welchen der Zolltarif des Vereines festgesetzt war, konnte man dem Andringen der anderen Fabricanten nicht weiter widerstehen. Mit Recht konnten sie für ihr Verlangen nach Schutzzöllen jetzt anführen, daß durch die künstliche Vertheuerung des Eisens ihre Arbeit durch den Staat selbst vergrößert worden seien. Es folgte daher auf die Erhöhung der Eisenzölle sofort eine solche der Einfuhrzölle für Leinen- und Baumwollwaaren. Die anderen Fabricateuregenüsse bedurften keiner neuen Schutzzölle, denn allmählig waren die Sätze des Vereins-Zolltarifs von selbst zu Schutzzöllen geworden.

Bei der Festsetzung des preussischen Tarifs, welchen der Zollverein angenommen hatte, war man davon ausgegangen, daß die Eingangszölle nicht mehr als ein Zehntel vom Werthe der verschiedenen Waaren betragen sollten. Es waren deshalb, da man den Gewichtszoll für das Einfuhrzölle hielt, alle Waaren nach dem Werthe, welchen sie damals hatten, in verschiedene Klassen eingetheilt. Für jede dieser Klassen war ein dem zehnten Theil des Wertes der in dieselben fallenden Waaren entsprechender Zollsatz bestimmt. Diese Einrichtung war an und für sich ganz zweckmäßig; sie lehrte aber voraus, daß man von Zeit zu Zeit eine neue Waarenabschätzung und danach eine neue Festsetzung der Zölle für die verschiedenen Klassen vorzunehmen. Dabin ging auch die Absicht der Urheber des preussischen Zolltarifs. Leider ist sie nie zur Ausführung gekommen. Die Folge dieser Unterlassungsfünden war, daß 1850 der preussische — namentlich auch vereinsländische — Zolltarif genau das Gegenheil von dem war, was er 1818 gewesen; aus einer, dem Handel und Verkehr freies Spiel lassenden Staatseinrichtung hatte er sich in ein schweres Hinderniß für diese Richtung der Volksthätigkeit und in ein Unterstützungsinstitut für die

Fabricanten verwandelt. Nichts desto weniger waren Letztere nicht zufrieden und verlangten noch höhere Schutzzölle, denn wer viel hat, will immer mehr. Die preussische Regierung war auch ganz geneigt sie zu erhören, und auf der 1850 zu Cassel abgehaltenen Zollconferenz wurden für die wichtigsten Waaren neue Zollherabhebungen beantragt. Glücklicher Weise scheiterte der Plan an dem Widerpruch von Braunschweig. Nach dem Zollvereinsverträge hat nemlich jeder einzelne Staat das Recht, so lange die Verträge dauern, Änderungen derselben durch seinen alleinigen Widerpruch zu hindern.

Was dieses Mal ein Gewinn war, wurde allerdings später zum Gemüthspeiß des Fortschritts. Darüber und wie nachher die süddeutschen Staaten den Zollverein, unter gänzlicher Verleugnung seines Zweckes, zum Kampfplatz ihrer politischen Bestrebungen machten, behaltten wir uns vor, ein anderes Mal gelegentlich zu berichten.

### Sprechsaal.

Gegen Ende des alten Jahres sieht sich so Mancher nach einem Kalender um für das neue Jahr, und man kann wohl sagen, man braucht sich nicht lange umzusehen, denn Kalender giebt es in unserm lieben Vaterlande die Fülle und die Fülle: keine und große, billige und theure, mit und ohne Bilder, je nach dem Bedarf und dem Wohlstand eines Jeden. Aber ist die Zahl groß, so ist auch die Wahl schwer. Jeder, der seine paar Groschen für einen solchen Kalender ausgiebt, der denkt, er möchte doch sein Geld wenigstens für etwas möglichst Gutes ausgeben, und oft hat Einer, der einen Kalender für 3 oder 4 Groschen kauft, mehr Geld fortgeworfen, als Einer, der 10 oder 12 Groschen für einen guten Kalender ausgiebt, an dem er und seine Familie das ganze Jahr hindurch Freude hat. Auf einen solchen Kalender, der nicht nur das Datum zeigt und vielleicht auch die Wetterprophetisungen der hundertjährigen Kalender abdruckt, sondern der Allen zum Nutz und zum Fremmen schreiende und ergötzliche Geschichten enthält, wollen wir heut unsere Leser aufmerksam machen. Es ist der Volks-Kalender von Berthold Auerbach. Daß Auerbach einen Volkskalender schreiben kann, das ist bei dem Verfasser der „Schwarzwälder Geschichten“ eben nicht wunderbar; er hat das Volk in seinem innersten Leben belauscht, und wie er uns das so prächtig geschildert hat, so weiß er auch, was dem Volke wohlgefällt, was es gern liest. Aber ein Mann kann seinen Kalender schreiben, in welchem für jeden Geschmack etwas sein muß; denn der Kalender soll ein Familienbuch sein, in welchem Mann, Frau und Kind lesen will. Also, hat sich Auerbach Mühe gegeben bei seinem Werke gesucht, und er hat sie gefunden in den Reihen der besten Schriftsteller unseres Volkes. Da ist Gerstäcker, welcher denen Freude bereitet, die sich freuen wollen am sinnigen Scherz; da Moriz Hartmann, der uns einführt in das so schwere Leben der deutschen Flüchtlinge, welches doch so manche süße Erinnerung birgt für die, welche einst das bittere Brod der Verbannung gegessen, da ist Ziegler, welcher im scherzhaften Gewande dem vielleicht etwas lockeren Haussohn das Sprichwort vorführt: „Wer den Groschen nicht eehrt, ist des Halers nicht werth.“ Ihnen schließen sich der leider jetzt im Grabe ruhende Berthold Sigmund, Weber u. a. m. an, alle die besten Früchte ihres Geistes darbringend, um dem Volke eine gesunde Kost für die langen Winterabende zu bieten.

# Die Danziger Zeitung

erscheint täglich zweimal und wird mit den hier Morgens früh und Nachmittags 6 1/2 Uhr abgehenden Zügen und Posten versandt. Der Abonnementspreis ist, wie bisher, für Heftige 1 Thlr. 15 Sgr., für Auswärtige (incl. Steuer- und Postzuschüssen) 1 Thlr. 20 Sgr.

Ausführliche Kammerverhandlungen (das Wichtigste davon per Zeitschrift); politische Uebersicht; Westwärtigkeitsliche und politische Leitartikel; Original-Korrespondenzen, Provinzial- und Lokal-Nachrichten, tägliche Depeschen von der Berliner Börse und über alle wichtigen politischen Ereignisse; Feuilleton von den beliebtesten Schriftstellern Max Ring, Solitaire &c.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an und bitten um rechtzeitige Aufgabe derselben, damit in der regelmäßigen Zustellung keine Unterbrechung geschieht.

Inserate finden durch die Danziger Zeitung die zweckmäßigste und weiteste Verbreitung in Ost- und Westpreußen und den angrenzenden Provinzen.

Danzig, im September 1864.

Die Verlags-Handlung.  
A. W. Hofmann.

## Der Bürger- und Bauernfreund

fängt mit dem 1. October ein neues Quartal an. Er wird wie früher in Gumbinnen bei Hr. Krausend und Sohn unter Redaction von J. Reitenbach-Psiden erscheinen und kostet für das ganze Vierteljahr vier Silbergrößen sechs Pfennige, wofür alle freyhändigen Post-Anstalten Bestellungen darauf annehmen.

Seine Aufgabe wird es nach wie vor sein, gegen die Reaction zu kämpfen, indem er in ihm zugänglichen Schichten der Bevölkerung freimüthig politische Bildung verbreiten helfen will. Er geht von dem Grundsatze aus, daß ein bloßes Zustimmen und Mitwählen ohne wirkliche Ueberzeugung den Zweck nicht nahe ist, und soll sein Bestreben eben sein — trotz aller Verpöthnisse — eine wirkliche freimüthige Ueberzeugung im Volke zu schaffen. Zu dem Zwecke wird er ohne Hehl die Wahrheit die Ehre geben, das er sich die Aufgabe gestellt, regelmäßig den aller Orten durch die Reaction verbreiteten Unwahrheiten der Provinzial-Korrespondenz entgegen zu treten.

Unsern Lesern rufen wir zu, haltet unser Blatt weiter und prüfet wo die Wahrheit, wo das Recht, ob auf unserer Seite, ob auf Seiten der Reaction. Prüfet ihr ohne Menschenfurcht, so muß der Sieg unser sein, und aus Ueberzeugung müßt ihr echte Demokraten werden.

Ihr Freunde unserer Partei, heßt aber das Blatt verbreiten, und somit in Schichten des Volkes, wo größere Blätter nicht hin kommen, auch nicht verstanden werden, unsere Sache den Sieg bereiten, denn Wahrheit und Recht müssen siegen.

Zur weiteren Empfehlung unseres Blattes geben wir noch ein Proben, was die Reaction von ihm denkt. Die Litpreussische Zeitung bringt nämlich folgendes Inserat unter dem Titel „öffentliche Anfrage aus Litthauen und Masaren“:

„Ist es wohl in der Ordnung, dem Steuerverweigerer John Reitenbach in Pilsden die Ausübung der Redaction seines berüchtigten „Bürger- und Bauernfreundes“ fernere zu gestatten? und ist es überhaupt in der Ordnung, ein solches Blatt geleglich zu dulden?“

Eindringlicher kann von keinem Freunde unser Blatt empfohlen werden, als ob hier der Feind thut, also nochmals, Ihr Freunde, heßt es verbreiten.

Die Herausgeber  
**Büttler**-Marienb.che.  
**Th. Käswurm**-Pudapern.  
**J. Reitenbach**-Pilsden.

## Abonnements-Einladung.

Beim Ablaufe des Quartals erlauben wir uns zum Abonnement auf das in Nowaracław Montags und Donnerstags erscheinende

## Kujawische Wochenblatt

(dritter Jahrgang)

für das folgende Quartal ergebenst einzuladen.

Durch erläuternde Artikel bei wichtigen Tagesfragen, durch ausführliche Zusammenfassungen der rechtlichen Nachrichten, der lokalen und provinziellen Angelegenheiten, sowie durch ausführliche Berichte vom Polenpreß, und durch ein unterhaltendes Feuilleton hoffen wir den Ansprüchen der gebildeten Leser nach jeder Richtung hin gerecht zu werden. — Wichtige Ereignisse werden, wie bisher, durch Extrablätter mitgetheilt. — Die politische Tendenz ist besonnen und bleibt unverändert.

Alle künftigen Postanstalten nehmen zum vierteljährlichen Abonnementpreise von 12 Sgr. 9 Pf. Bestellungen an. (Erster Nachtrag zum Zeitungs-Preis-Courant v. 1864.) — Inserate finden durch das **Kujawische Wochenblatt** die vortheilhafteste Verbreitung in dieser Stadt wie in ganz Kujawien, und werden mit 1/4 Sgr. für die dreigespaltene Corpuszeile berechnet. Wiederholungen größerer Inserate entsprechenden Rabatt. — Uebersetzungen in polnischer Sprache gratis.

Nowaracław, im September 1864.

Die Verlags-Handlung.  
Hermann Engel.

Alle Postämter und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an auf das der Unterhaltung und Belehrung gewidmete

## Sonntags-Blatt für Jedermann aus dem Volke.

Preis für die 13 Nummern des Quartals  
5 Sgr. oder für jede Wochennummer 9 Pf.

Begründet  
von

**Otto Nuppius.**

Erscheint jeden Sonntag in einem Bogen  
gr. 4<sup>o</sup> in elegantester Ausstattung.

Das vierte Quartal dieses Jahrgangs wird eine noch größere Reichhaltigkeit, als die vorangegangenen, zu erzielen suchen; wenn nicht in der Masse, so doch in dem Werth dessen, was es bringt. Zum Druck kommen:

an Erzählungen, „Der Wanderlehrer“, Zeitbild von Marie von Moskowsa, „Von Jehu zu Jehu Jahren“, nach wirklichen Begebenheiten, von Ernst Moriz, „Südlische Liebe“, Lebensbild von Günther v. Krüberg; an Artikeln aus der Zeit: „Die Freiearttage in Schleswig“, „Ein Schulmeister a. D.“, „Führer durch das Berliner Museum“ u. v. A.;

an Beiträgen zur Wissenschaft für's Leben: „Die Naturwissenschaft im Dienste des Verkehrs“, Weltanschauung: „Die Fingerringe“, „Vehren für Hand und Klüde aus der Chemie und Physik“, „Fingerringe zur Gesundheitspflege“, Rechtsfragen und dem täglichen Verkehr“ u. c.

an Gedichten u. s. w. liegt eine große Auswahl vor.

Der äußerst billige Preis des Sonntagsblattes macht Jedem, auch dem Unbemitteltesten, das Abonnement möglich.